



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 08.11.2024 bis 15.11.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Algerien: Die nordafrikanischen Nachbarn	3
Brasilien: Fast jeder vierte Indigene leidet an einer Suchterkrankung	4
Deutschland: Prof. Bielefeldt - Religionsfreiheit ist unverzichtbares Menschenrecht	5
Ghana: Diskriminierung von Christen bei Wasserversorgung	6
Haiti: Instabilität und Gewalt	7
Indien: In Manipur kommt es erneut zu Zusammenstößen	8
Iran: Pastor nach internationalem Aufschrei aus dem Gefängnis entlassen	9
Libanon: Patriarch Raï gratuliert zur Wahl von Donald Trump	10
Malaysia: Berufungsgericht annulliert drei einseitige Konversionen zum Islam	11
Mosambik: Grenzübergang zu Südafrika geschlossen	12
Nicaragua: Keine Krankensalbung in Krankenhäusern	13
Niederlande: Nach Conference-League-Spiel	14
Niger: Bäuerinnen fordern bewaffnete Banden heraus	16
Nigeria: "Der reinste Völkermord" an Christen	17
Nigeria: Christen bitten um Hilfe inmitten von Massakern	18
Nigeria: Der katholische Priester Emmanuel Azubuike ist frei	20
Nigeria: Ehemaliger Armeechef veröffentlicht Buch über „Justizterrorismus“	21
Nigeria: Entführter Priester ist wieder frei	23
Österreich: Schulleiter warnt-Christliche Jugendliche konvertieren zum Islam	24
Österreich: Setzen Sie ein Zeichen gegen Christenverfolgung!	25
Singapur: Kardinal Goh nach Anschlag auf Priester	26
Sudan: Die Notlage der Sudanesen	27
Sudan: Gefährliche Gleichgültigkeit	28
Uganda: Brandanschlag auf historische Kirche in Mapeera Kigungu	29
Uganda: Evangelist ermordet	30
Ukraine: Gebet, dass Binnenflüchtlinge zum Glauben kommen	31
Weltweit: Jüdischer Weltkongress - Juden sind in Deutschland nicht sicher	32

# Algerien: Die nordafrikanischen Nachbarn

Algeriens zunehmend christenfeindliche Regierung hat inzwischen die Gebäude von mehr als 40 Kirchen versiegelt, meist ohne glaubwürdigen Grund. Wie im Nachbarland Tunesien liegt der Anteil der Christen nur bei einem Viertel Prozent. Während die tunesische Regierung nicht so strikt antichristlich eingestellt ist, sind die Anhänger Jesu in ihren Möglichkeiten, ihren Glauben öffentlich bekannt zu machen, eingeschränkt.

Barnabas Aid

Bridgeway Publications vom October 2024 übersetzt und bearbeitet AKREF

# Brasilien: Fast jeder vierte Indigene leidet an einer Suchterkrankung

## Mehrere christliche Werke wollen kooperieren, um ihnen zu helfen

(IDEA) Mindestens 23 Prozent der indigenen Bevölkerung in Brasilien leiden an einer Suchterkrankung. Das berichtete der Präsident der Suchthilfeorganisation Blaues Kreuz in Brasilien, Rolf Hartmann (Blumenau im Süden Brasiliens), bei zwei Informationsabenden in St. Johann (Schwäbische Alb) und Ostfildern (bei Stuttgart). Er war für eine Woche in Deutschland, um sich mit Partnern für das Projekt „Suchthilfe für Indigene“ zu treffen. Hartmann berichtete weiter, dass häusliche Gewalt und Todesfälle durch Mord, Unfälle und Suizid in direkter Verbindung mit dem Alkoholmissbrauch der Ureinwohner stünden. Auch bei indigenen Kindern und Jugendlichen sei die Zahl der Abhängigen signifikant höher als in der Gesamtbevölkerung. Die aktuelle liberale Drogenpolitik der Regierung von Präsident Lula da Silva trage zur Verschärfung der Probleme bei: Entzug und Therapie würden weniger gefördert als in der Vergangenheit. Zudem erschwerten die Behörden Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu den Indianerreservaten, obwohl die Indigenen deren Unterstützung wünschten. Hartmann betonte jedoch auch, dass die Sucht nur die Oberfläche tieferliegender Not bilde. „Gottes Wort, Medizin und Therapie“ wirkten zusammen, um die Menschen zu heilen.

## Missionsreferent: Die Not der Indigenen ist kaum auszuhalten

Hartmann und der Missionsreferent der [Deutschen Indianer Pionier Mission](#) (DIPM/St. Johann), Martin Höfer, sondieren bereits seit 2018 die Möglichkeiten einer konkreten Zusammenarbeit. Das Blaue Kreuz kann dabei die Erfahrung im Umgang mit der Sucht einbringen, während die Mitarbeiter der DIPM ihrerseits über große Kenntnis der indigenen Kultur verfügen. Außerdem unterhält das Missionswerk Kontakte zu indigenen Gemeinden, die von sich aus um Hilfe bei der Bekämpfung der Sucht gebeten haben, so Höfer, der selbst zwölf Jahre als Missionar in Brasilien gelebt hat. Er berichtete, dass er schon mehrere gemeinsame Erkundungsreisen mit Mitarbeitern des Blauen Kreuzes in die Amazonasregion durchgeführt hat: „Die Situation ist kaum auszuhalten, wir sind mit so viel Not konfrontiert.“ Unterstützung erhalten die beiden Organisationen vom christlichen Entwicklungsdienst [Coworkers International](#) (Stuttgart) und der [Gnadauer Brasilien-Mission](#) (GBM/Schwieberdingen bei Ludwigsburg).

## Weil Gott einen besseren Plan für Suchtkranke hat ...

Vor Ort arbeiten die Werke vor allem mit christlichen Gemeinden und den indigenen Gemeinschaften zusammen. Hier sollen auch gezielt Suchthelfer gewonnen und ausgebildet werden. Der DIPM-Missionsreferent Sebastian Groß erläuterte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, wie die Hilfe konkret aussieht: „Verantwortliche laden uns ein, ja bitten uns, hier bewusst als Christen zu helfen. Weil Gott alle Menschen liebt und einen besseren Plan für ihr Leben hat“, gründe die DIPM gemeinsam mit dem Blauen Kreuz Therapiegruppen und bilde Mitarbeiter hierfür aus. Zudem vermittelten die Mitarbeiter betroffene Indigene in Entzugskliniken und begleiteten sie während ihres Aufenthalts. Darüber hinaus finanzierten die beteiligten Werke Lehr- und Lernmittel zur Prävention und böten auch entsprechende Kurse und Weiterbildungen an.

# Deutschland: Prof. Bielefeldt - Religionsfreiheit ist unverzichtbares Menschenrecht

## Nürnberg: 200 Teilnehmer bei „Kundgebung für Religionsfreiheit“

Nürnberg (IDEA) – Die Religionsfreiheit hat einen unverzichtbaren Stellenwert für die Menschenrechte. Diese Ansicht vertrat der Seniorprofessor für Menschenrechte der Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Heiner Bielefeldt (Erlangen), auf der Kundgebung für Religionsfreiheit am 10. November in Nürnberg. Veranstalter war die dortige Evangelische Allianz. Nach ihren Angaben nahmen rund daran rund 200 Personen teil. Anlass war der „Weltweite Gebetstag für verfolgte Christen“, zu dem jedes Jahr im November die Weltweite Evangelische Allianz aufruft. Anlässlich des Mauerfalls vor 35 Jahren erinnerte Bielefeldt an die Rolle der Kirchen. Auch heute böten Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften in autoritären Staaten oft Chancen von Gemeindeerfahrung in bewusster Distanz zum Staat, so Bielefeldt: „Das produktive Potenzial der Religionsfreiheit für Demokratisierungsprozesse wird leider viel zu wenig zur Kenntnis genommen.“

## Stadtdekan beklagt Judenhass und Muslimfeindlichkeit

Der Nürnberger Stadtdekan Jürgen Körnlein erinnerte in seiner Rede an das beginnende Jubiläum „500 Jahre Nürnberger Religionsgespräch“. Zum Hintergrund: Zwischen dem 3. und 14. März 1525 trafen sich Nürnberger Geistliche und diskutierten über Religionsfragen. Die Debatte endete mit der Einführung der Reformation nach der Lehre Martin Luthers. Doch der reformatorische Aufbruch sorgte auch dafür, dass 300 Jahre kein katholischer Gottesdienst in Nürnberg gefeiert werden durfte. Es kam zu Ausgrenzung, Tod und Kriegen wie dem 30-jährigen Krieg. Körnlein: „Wie gerne würden wir das ausblenden. Aber das gehört zu uns. Wir dürfen die Augen nicht verschließen: Auch unsere Religion und ihre Schattenseiten haben Dunkles bewirkt. Von Judenhass und Muslimfeindlichkeit ganz zu schweigen.“ Körnlein rief die Teilnehmer der Kundgebung dazu auf, Menschen aus anderen Religionen zuzuhören und sich die Frage zu stellen: „Wo werden auch durch mich oder meine Religion Menschen benachteiligt, weil sie anders sind – und weil sie anders glauben?“ Die Nürnberger Kundgebung für Religionsfreiheit wird unterstützt von einem breiten Bündnis aus Kirchen, Gemeinden und Initiativen in der Region.

# Ghana: Diskriminierung von Christen bei Wasserversorgung

IIRF-D/BA/Tübingen/14.11.24 - Schätzungsweise drei Viertel der Haushalte in diesem westafrikanischen Land sind dem Risiko ausgesetzt, Trinkwasser zu trinken, das mit tierischen Abfällen verunreinigt ist, weil Menschen und Tiere aus derselben stehenden Wasserquelle trinken.

Die Menschen haben oft keine andere Wahl, als schmutziges und potenziell verunreinigtes Wasser zu trinken

Dazu gehören auch verarmte Christen in den mehrheitlich muslimischen nördlichen Regionen Ghanas.

„Der Bedarf an sauberem Trinkwasser im Norden Ghanas ist enorm,,“ sagt der Projektleiter für Westafrika von Barnabas Aid.

„Viele Menschen in diesen Gemeinden leiden an Infektionen und anderen Krankheiten“, fügt er hinzu. „Besonders schlimm ist die Situation in der Trockenzeit, wenn der Mangel an sauberem Wasser zum Ausbruch von Hautkrankheiten wie Krätze führt.“

Diese nördlichen Regionen haben viele Jahre unter mangelnden Investitionen und Vernachlässigung gelitten.

Bohrlöcher für Brunnen wurden durch Spenden aus den wohlhabenden mehrheitlich muslimischen Ländern der arabischen Halbinsel finanziert, aber Christen sind von diesen Entwicklungen ausgeschlossen oder müssen im Gegenzug für den Zugang zu Wasser zum Islam konvertieren.

Christen werden oft von einigen Mitgliedern der muslimischen Mehrheit sowie von Anhängern der afrikanischen traditionellen Religion diskriminiert.

Frauen sind besonders gefährdet, da sie in der Regel die Verantwortung dafür tragen, die lange und schwierige Reise auf sich zu nehmen, um Wasser zu holen, während ihre Ehemänner arbeiten. Viele müssen bis zu 11 Kilometer laufen, um einen Eimer sauberes Wasser zu finden.

Kinder sind am anfälligsten für durch Wasser übertragene Krankheiten. Die Gefahr wird durch einen gravierenden Mangel an Gesundheitseinrichtungen noch erhöht.

Die Projektpartner des Barnabas Fund haben Pläne entwickelt, um in 24 christlichen Dörfern im Norden Ghanas Bohrlöcher zu bohren und sauberes und sicheres Wasser bereitzustellen.

Einige dieser Dörfer gehören zu den ärmsten und am stärksten benachteiligten Gemeinden im Norden des Landes.

<https://www.barnabasaid.org/de/latest-needs/give-the-gift-of-water-to-christians-in-ghana/>

# Haiti: Instabilität und Gewalt

## “Missionare riskieren jeden Tag ihr Leben“

Port-au-Prince ( Fides) - „Die Arbeit fortzusetzen, das Krankenhaus in Port-au-Prince offen zu halten und alle unsere Aktivitäten in Haiti fortzusetzen, wird immer schwieriger und die Missionare riskieren buchstäblich jeden Tag ihr Leben“, schreibt der italienische Kamillianer-Missionar Pater Antonio Menegon und beschreibt damit die tägliche Tragödie, mit der sich die Bevölkerung in Haiti konfrontiert sieht.

„Bewaffnete Banden haben alles blockiert. Unterdessen hat die Partei des ehemaligen Präsidenten Aristide die Macht übernommen und Premierminister Ariel Henry nach Hause geschickt. Das ist sehr ernst. Niemand weiß, wie das Ganze enden wird. Hoffen wir das Beste“, schreibt der Missionar.

Am 10. November 2024 gab die haitianische Regierung ihre Pläne bekannt, den amtierenden Premierminister Conille durch den Geschäftsmann und ehemaligen Senatskandidaten Alix Didier Fils-Aimé zu ersetzen. Während Fils-Aimé am Morgen des 11. November vereidigt wurde, griffen bewaffnete Banden den internationalen Flughafen von Haiti in Port-Au-Prince an, der geschlossen wurde, nachdem ein US-Flugzeug bei der Landung von Schüssen getroffen worden war. Das Flugzeug wurde in die Dominikanische Republik umgeleitet.

Es wird erwartet, dass der jüngste Machtwechsel das politische und soziale Klima in Haiti weiter destabilisieren wird. Aufgrund der zunehmenden politischen Instabilität befürchten die humanitären Organisationen, dass kriminelle Banden, diese Situation nutzen werden.

(AP) (Fides 13/11/2024)

# Indien: In Manipur kommt es erneut zu Zusammenstößen

Imphal (Fides) - In dem nordostindischen Bundesstaat Manipur, der seit etwa einem Jahr von interethnischer Gewalt zwischen den einheimischen Volksgruppen der Kuki und der Meitei heimgesucht wird, ist die Gewalt wieder aufgeflammt. Die Situation war vorübergehend scheinbar ruhig, nachdem die beiden Volksgruppen in verschiedene Gebiete aufgeteilt wurden. Durch massive Polizeipräsenz wurde die jegliche Kommunikation zwischen den verfeindeten Gruppen unterbunden. Doch, wie der Erzbischof von Imphal der Hauptstadt des Bundesstaates, Linus Neli, gegenüber Fides betonte, ist „diese Lösung provisorisch und die Gewalt schwelt unter der Asche“. Aus diesem Grund sei es notwendig, den Dialog und den konstruktiven Frieden zu suchen, was der einzige entscheidende Schritt sei.

Unterdessen wurde im Bezirk Jiribam im Westen Manipurs eine unbefristete Ausgangssperre verhängt, nachdem am gestrigen 12. November, erneut Gewalt zwischen einer Gruppe bewaffneter Männer und Sicherheitskräften ausgebrochen war. Die Distriktverwaltung hat auch das Tragen von Waffen verboten. Gestern wurden bei einer Schießerei mit Sicherheitskräften elf Angehörige der Volksgruppe der Kuki getötet und zwei Polizeibeamte verletzt. Nach Angaben der Behörden reagierten die Sicherheitskräfte auf einen Angriff. Der Rat der indigenen Kuki fordert jedoch „eine gründliche Untersuchung der Geschehnisse und einen Gedenktag für die Opfer“, die als „brutal getötete Freiwillige aus dem Dorf“ bezeichnet wurden. Die Gemeinden des Bezirks protestierten mit der Schließung von Geschäften und der Einstellung von kommerziellen und öffentlichen Aktivitäten.

Seit der Vergewaltigung und Ermordung einer indigenen Frau in der vergangenen Woche, für die Angehörige der Meitei-Gemeinschaft verantwortlich gemacht werden, herrschen in dem Bezirk Spannungen. Am darauffolgenden Tag wurde eine Frau aus der Meitei-Gemeinschaft erschossen, und die Schuld wird der Gruppe der Kuki zugeschoben. In den vergangenen Tagen wurden auch über Schießereien am Rande der Hügel und im Imphal-Tal berichtet. Aufgrund der Zusammenstöße zwischen den beiden ethnischen Gruppen verlängerte die Regierung des Bundesstaates die Anwendung des Gesetzes über die Sonderbefugnisse der Streitkräfte (Armed Forces Special Powers Act) ab dem 1. Oktober um weitere sechs Monate. Seit Mai 2023 wurden infolge der Gewalt mehr als 250 Menschen getötet und mehr als 60.000 Menschen vertrieben. (PA) (Fides 13/11/2024)



# Iran: Pastor nach internationalem Aufschrei aus dem Gefängnis entlassen

International Christian Concern — Nachdem er mehr als ein Jahr seiner zehnjährigen Haftstrafe verbüßt hatte, wurde ein armenisch-iranischer Pastor kürzlich nach öffentlichem Aufschrei aus dem Evin-Gefängnis in Teheran entlassen.

Pastor Anooshavan Avedian, der am 18. September 2023 inhaftiert wurde, wurde von seinen Verbrechen freigesprochen und am 24. September 2024 freigelassen. Vor seiner Freilassung äußerten International Christian Concern, The Voice of the Martyrs, Open Doors, Middle East Concern, Article 18 und Barnabas Aid Bedenken hinsichtlich seines Falles und forderten seine Freilassung.

Avedian wurde am 21. August 2020 verhaftet, nachdem etwa 30 iranische Beamte in sein Haus eingedrungen waren, wo eine Gruppe von Christen betete und etwas über Jesus lernte. Die Behörden nahmen allen ihre Bibeln und Telefone ab und zwangen sie, die Passwörter für ihre Geräte preiszugeben.

Die Behörden klagten Avedian an, „eine illegale Gruppe gegründet und geführt zu haben, mit dem Ziel, die Sicherheit des Landes durch Bildungs- und Propagandaaktivitäten zu gefährden, die im Widerspruch zur heiligen Religion des Islam stehen und diese durch die Verbreitung falscher Behauptungen stören.“

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet AKREF

# Libanon: Patriarch Raï gratuliert zur Wahl von Donald Trump

**“Die Wahl möge zu einem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbolla führen “**

Bkerké (Fides) – Mit Blick auf die Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika äußerte der maronitische Patriarch, Kardinal Béchara Boutros Raï, in der Predigt der Sonntagsmesse, die er gestern in der Kirche des Patriarchats von Bkerké zelebrierte, die Hoffnung, dass dies zu einem dauerhaften Waffenstillstand zwischen der Hisbollah und Israel führen könnte.

„Wir freuen uns, den Vereinigten Staaten von Amerika zur Wahl ihres neuen Präsidenten Donald Trump zu gratulieren, und wir gratulieren ihm persönlich zu seiner Wahl, von der wir hoffen, dass sie gute Nachrichten für den Libanon und die Region bringen wird“, so der Patriarch.

Er hoffe, dass Trump „auf diplomatischem Wege einen dauerhaften Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah erreichen wird“, so der maronitische Patriarch, der auch dazu aufrief, dass der Libanon „so bald wie möglich“ zur Wahl eines neuen Präsidenten aufruft, „der alle Verhandlungen über den Libanon führen und die Institutionen des Landes wieder in die Normalität zurückführen kann“.

(F.B.) (Fides 11/11/2024)

# Malaysia: Berufungsgericht annulliert drei einseitige Konversionen zum Islam

International Christian Concern - Die Regierung des malaysischen Bundesstaates Perlis hat ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, um eine Entscheidung des Bundesgerichts aufzuheben, die die einseitige Konversion der drei Kinder von Loh Siew Hong zum Islam verhindert hatte.

Shamsher Singh Thind, ein Anwalt, der Loh vertritt, bestätigte, dass die Regierung des Bundesstaates am 28. November 2023 einen Antrag auf Überprüfung gestellt hat. Für den 29. November ist eine Anhörung vor Senior Assistant Registrar Wan Norazimin Kassim angesetzt.

In ihrer Mitteilung argumentiert die Regierung von Perlis, dass ihr Recht auf Anhörung während des Verfahrens vor dem Bundesgerichtshof beeinträchtigt wurde, da ihre rechtlichen Argumente angeblich nicht berücksichtigt wurden.

Das Bundesgericht hatte zuvor ein Urteil aus dem Jahr 2018 bestätigt, das die einseitige Konvertierung minderjähriger Kinder für verfassungswidrig erklärte. Im Mai 2023 wies das Gericht einen Versuch der Regierung von Perlis und des Perlis Islamic Religious and Malay Customs Council (MAIPs) zurück, dieses Urteil anzufechten.

Der Oberste Richter Tengku Maimun Tuan Mat bekräftigte den Grundsatz, dass beide Elternteile der religiösen Konversion eines minderjährigen Kindes zustimmen müssen, wie in Artikel 12 Absatz 4 der Bundesverfassung festgelegt.

Die Kinder von Loh Siew Hong waren 2020 in Perlis einseitig von ihrem Ex-Mann Muhammad Nagahswaran Muniandy zum Islam konvertiert worden. Sie reichte daraufhin eine Klage gegen die Konversion ein und argumentierte, dass das entsprechende staatliche Gesetz verfassungswidrig sei.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Mosambik: Grenzübergang zu Südafrika geschlossen

## Proteste gehen weiter

Maputo (Agenzia Fides) - „Ich habe das Gefühl, dass ein revolutionäres Klima herrscht, die zeigt, dass wir am Vorabend eines unvergleichlichen historischen Übergangs stehen“, sagt der mosambikanische Oppositionsführer Venancio Mondlane zu den anhaltenden Demonstrationen, die in dem Land im südlichen Afrika nach der Wahl vom 9. Oktober begannen.

Der Sieg der „Frelimo“ (Mosambikanische Befreiungsfront, die seit 1975 an der Macht ist), die mit der Wahl ihres Kandidaten Daniel Chapo sowohl die Präsidentschaft als auch die Mehrheit im Parlament errang, wird von der Opposition heftig angefochten, die Wahlbetrug anprangert.

Mondlane, Kandidat der oppositionellen „Podemos“-Partei, hat die Bevölkerung dazu aufgerufen, aus Protest auf die Straße zu gehen, und berichtet, dass auf ihn in Südafrika, wo er Zuflucht gesucht hatte, ein Mordanschlag auf ihn verübt werden sollte .

Die mosambikanischen Sicherheitskräfte reagierten unterdessen mit dem Einsatz von Tränengas und Polizeieinsätzen, aber auch Schüsse auf die Demonstranten wurden gemeldet.

Nach Angaben des mosambikanischen Ärzteverbandes wurden zwischen dem 18. und 26. Oktober landesweit 10 Bürger erschossen und 73 weitere verletzt. Am 5. November wurden in der Hauptstadt Maputo und an anderen Orten weitere 9 Menschen durch Schüsse der Polizei getötet. Auch andere Berufsgruppen wie die Anwaltsvereinigung haben ihre Besorgnis über die möglichen Folgen geäußert, und sagten, dass „die Voraussetzungen für ein Blutbad gegeben sind“ und dazu aufrufen, die Annullierung der Wahlen vom 9. Oktober in Betracht zu ziehen.

Um zu versuchen, die Ausbreitung der Proteste einzudämmen, wurde die Internetverbindung in unregelmäßigen Abständen unterbrochen. Dies verhindert jedoch nicht, dass sich die Demonstrationen in besonderen Formen ausbreiten, wie z. B. die „Topfproteste“, bei denen die Bürger an den Fenstern ihrer Wohnungen auf Kochtöpfe schlagen und damit einen ohrenbetäubenden Lärm in den Straßen der mosambikanischen Städte erzeugen.

Unterdessen wurde der mosambikanisch-südafrikanische Grenzübergang in Lebombo geschlossen, nachdem mehrere Lastwagen aus Südafrika mutwillig beschädigt worden waren. Etwa 500 gestrandete Fahrer werden vom Roten Kreuz mit humanitärer Hilfe versorgt.

(L.M.) (Fides 8/11/2024)

# Nicaragua: Keine Krankensalbung in Krankenhäusern

## Katholische Priester dürfen in Krankenhäusern keine Krankensalbung mehr spenden

Managua (Fides) – Lokalen Presseberichten zufolge dürfen katholische Priester keine öffentlichen Krankenhäuser mehr betreten, um das Sakrament der Krankensalbung zu spenden. Nach der Ausweisung von etwa einem Viertel der bis 2018 von der Bischofskonferenz von Nicaragua (CEN) offiziell anerkannten Priester, die in der Erzdiözese Managua und in den acht verschiedenen Diözesen des Landes tätig waren, kam es damit zu erneuten „repressiven Maßnahmen“.

Dies berichtet die im texanischen Exil lebende Anwältin Martha Patricia Molina, die sie seit Jahren die Angriffe auf die katholische Kirche in Nicaragua dokumentiert (vgl. Fides 26/05/2023) und sich dabei auf anonyme Quellen von Priestern und Laien beruft. „Vorher konnten sie jeweils nur einen Patienten; Doch als sie dort waren, baten die Anwesenden oft um das Sakrament der Krankensalbung für Menschen, die bereits dem Tode nahe waren“, berichtet Molina.

Die Kirche von Nicaragua „erlebt ihre schwierigsten Tage in den letzten 500 Jahren“, denn nicht einmal während der Revolution der 1980er Jahre habe es so viel Gewalt gegeben wie heute. „Aber der Heilige Geist wird seine Kirche beschützen und sie wird überleben, so wie sie immer überlebt hat“, sagt ein Priester, der aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet. Obwohl es bisher kein offizielles Dokument gibt, hat dieses Verbot die Angehörigen und die Kranken selbst in Empörung versetzt, „die diese Welt verlassen, ohne das letzte Sakrament zu empfangen“, erklärt die lokale Presse.

(gekürzt)

(AP) (Fides 13/11/2024)

# Niederlande: Nach Conference-League-Spiel

## Anti-jüdische Meute jagt israelische Fußballfans in Amsterdam

### Straßen von Amsterdam wurden Israelis von antisemitischen Gruppen verfolgt und verprügelt

AMSTERDAM (inn) – Die Szenen erinnern an die dunkelsten Tage Europas: Am Donnerstagabend hat eine Meute Fans des Fußballvereins Maccabi Tel Aviv in den Straßen von Amsterdam attackiert. Die Angreifer schlugen oder stachen auf ihre Opfer ein, bedrohten sie und brachen in deren Hotels ein. Dabei skandierten sie den anti-israelischen Slogan „Free Palestine“.

Ein 30-jähriger Israeli schilderte die Vorgänge mit den Worten: „Ich habe einen viermonatigen Reservedienst im Gazastreifen beendet, und was ich hier erlebt habe, ist nicht weniger beängstigend. Hier ist Krieg.“ Die Angreifer hätten ihm aufgelauert, daher nehme er an, die Angriffe seien im Vorfeld geplant gewesen. Die Polizei sei nicht präsent gewesen und habe die Fans im Stich gelassen, meinte er laut der israelischen Zeitung „Yediot Aharonot“.

### Grausige Szenen

In den Sozialen Medien verbreiteten Nutzer Videos von den Angriffen. In einigen ist zu sehen, wie mehrere Personen auf ein bereits am Boden liegendes Opfer weiter eintraten. In einer anderen Szene versuchte ein junger Mann zu erklären, er sei „nicht jüdisch“, damit die Angreifer von ihm ablassen.

In mindestens einem Vorfall wurde ein Israeli von einem Auto angefahren, einer wurde in den Fluss geworfen. Einen weiteren hielten die Angreifer so lange mit Gewalt fest, bis er „Free Palestine“ sagte.

Die Polizei von Amsterdam teilte am Freitagvormittag mit, dass sie 62 Personen verhaftet habe. Fünf Menschen seien ins Krankenhaus gekommen. Einige Israelis sagten, sie wollten sich nicht in den Niederlanden, sondern in Israel behandeln lassen.

### Außenminister Sa'ar reist in die Niederlande

Der neue israelische Außenminister Gideon Sa'ar von der Partei Neue Hoffnung verurteilte die Angriffe. Diese seien ein Weckruf für Europa und die Welt. „Was mit der Verfolgung und Gewalt gegen Juden beginnt, endet nie mit den Juden.“ Noch am Freitag reiste er in die Niederlande.

Das Außenministerium sprach von einem „gewaltsamen Pogrom“. Am Freitagmittag teilte es mit, dass von zehn Israelis noch eine Rückmeldung fehle. Sie gälten aber nicht als „vermisst“ – es sei auch möglich, dass die Telefone gestohlen worden oder kaputt seien.

### Einreiseverbot für Soldaten

Zwischenzeitlich erwog die israelische Regierung, zwei Armeeflieger nach Amsterdam zu schicken, um Israelis auszufliegen. Nach einer weiteren Lageeinschätzung kam sie aber zu dem Schluss, dass die Maßnahme nicht nötig sei. Stattdessen liege der Fokus der Bemühungen darauf, die Israelis über Zivilflüge nach Hause zu bringen.

Die Armee erteilte ihren Soldaten jedoch ein vorläufiges Einreiseverbot für die Niederlande. Nur in Ausnahmefällen werde eine Erlaubnis geprüft.

### Niederländischer Premier: „Komplett inakzeptabel“

Der niederländische Regierungschef Dick Schoof (parteilos) erklärte, er sei über die „antisemitischen Angriffen auf israelische Bürger“ entsetzt. Die Vorfälle seien „komplett inakzeptabel“. Die Täter würden identifiziert und verfolgt.

Der König der Niederlande Willem-Alexander sagte in einem Telefonat mit dem israelischen Präsidenten Jizchak Herzog: „Wir haben die jüdische Gemeinschaft in den Niederlanden während des Zweiten Weltkriegs im Stich gelassen. Gestern Abend haben wir wieder versagt.“

## Baerbock: „Zutiefst beschämend“

Mehrere europäische Politiker verurteilten die Vorfälle. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen (CDU), sagte, sie sei „empört“. „Antisemitismus hat absolut keinen Platz in Europa.“ Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte, die Bilder aus Amsterdam seien „für uns in Europa zutiefst beschämend“.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, sagte zu den „Bildern des Schreckens“: „Es ist ein Armutszeugnis, dass Juden und Israelis in Westeuropa nicht mehr sicher sein können. Und das kurz vor dem 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht.“

## Spiel gegen Israel soll stattfinden

Die französische Regierung teilte indes mit, dass ein [anstehendes Spiel](#) im „Nations League“-Wettbewerb wie geplant stattfindet. Am 14. November spielt Israel im Stade de France bei Paris gegen Frankreich. Die Polizei will dabei mit 2.000 Einsatzkräften für Sicherheit sorgen.

Fans des in katarischem Besitz befindlichen Fußballklubs Paris Saint-Germain hatten am Donnerstag im heimischen Stadion Prinzenpark ein großes Banner mit dem Spruch „Free Palestine“ gezeigt. Innenminister Bruno Retailleau (Die Republikaner) verurteilte den Vorfall. Er traf sich am Freitag mit Vertretern des französischen Fußballverbandes und des Vereins zu einer Besprechung des Vorfalls.

Bei dem Europa-League-Spiel verlor Maccabi Tel Aviv gegen Ajax Amsterdam in der Johan-Cruyff-Arena 5:0. (df)

Von Israelnetz.com vom 8. November 2024

# Niger: Bäuerinnen fordern bewaffnete Banden heraus

Von Mauro Armanino / Niamey (Fides) – Ihre Ehemänner und einige ihrer Kinder wurden von bewaffneten Gruppen getötet, die die Dörfer im Drei-Länder-Gebiet an der Grenze zwischen Burkina Faso, Mali und Niger gehören, terrorisieren. Diese 14 Witwen stammen ursprünglich aus Dörfern in der Nähe der Grenze zu Burkina Faso. Sie verließen die in den Gebieten der Vertriebenen in Makalonde und Torodi angelegten Camps für die Verteilungen von Nahrungsmitteln, um zu den von der Bevölkerung verlassenen Feldern ihrer jeweiligen Dörfer zu gehen. Als gute Bäuerinnen hatten sie beschlossen, die Säcke mit Hirse und Sorghum, die in den Dörfern aufbewahrt wurden, zu holen, um nicht von fremden Spenden leben zu müssen. Bei ihrer Rückkehr wurden sie von „Banditen“, wie die bewaffneten Gruppen genannt werden, abgefangen, die ihnen die kostbaren Säcke mit Lebensmitteln wegnahmen, die sie zusammen mit ihrer Familie angebaut, geerntet und in Getreidespeichern gelagert hatten. Die bewaffneten Kämpfer beschränkten sich zunächst darauf, die Lebensmittel zu konfiszieren, ohne den 14 Witwen auf dem Heimweg Schaden zuzufügen. Das wenige Geld, das sie hatten, wurde ihnen nicht weggenommen. So sind die Witwen in die prekären Lebensbedingungen zurückgekehrt, die das Schicksal von Tausenden von Vertriebenen aufgrund der Angriffe und Drohungen der bewaffneten Gruppen prägen. In Niger leben über 500.000 Vertriebene zusammen mit den Flüchtlingen.

Die 14 Witwen, die sich den bewaffneten Gruppen entgegenstellten, gewannen diesen Kampf unbewaffnet. Unterdessen sind Hirse und Sorghum die Grundnahrungsmittel der Grenzbevölkerung und tragen sozusagen zur Stärkung der kulturellen Identität der Menschen bei. Sie wurden bedroht und der Früchte ihrer Arbeit beraubt. Sie taten, was ihre Ehemänner getan hätten. Sie stellten mit bloßen Händen die Regeln einer religiösen Ideologie in Frage, die durch Gewalt gegen die Schwachen instrumentalisiert wurde. Die Witwen gewannen, weil sie durch ihr friedfertiges Handeln die Theorie von einem gewalttätigen Gott entlarvten.

Was in einem abgelegenen Dorf in der Sahel-Savanne geschah, wird nicht in die heute übliche Statistik der Todesfälle oder Verletzten durch Überfälle bewaffneter Gruppen eingehen. Es wird unbemerkt bleiben, wie die meisten versteckten und stillen Gewalttaten, die das fragile soziale Gefüge der Bevölkerung verletzen. Diese Menschen werden durch Armut und die Nachlässigkeit der politischen und militärischen Autoritäten unsichtbar gemacht und überleben dank der außergewöhnlichen Stärke und Würde, die nur die Bauern besitzen. Die 14 Witwen, die das Essen für ihre Kinder auf ihren Schultern trugen, trugen in Wirklichkeit auch unsere Zukunft.

(Fides 13/11/2024)



# Nigeria: "Der reinste Völkermord" an Christen

Abgeschlachtete Christen und die große Vertuschung durch die Presse

von [Raymond Ibrahim](#) vom 10. November 2024

Englischer Originaltext: ['Pure Genocide': Christians Slaughtered in Nigeria and the Great Press Cover-Up](#)  
Übersetzung: Daniel Heiniger aus [Gatestone Institute](#)

Der "[reinste Völkermord](#)" an Christen in Nigeria, wie ihn mehrere [internationale Beobachter](#) charakterisiert haben, erreicht laut zwei separaten Berichten beispiellose Ausmaße.

"Dem Mythos der religiösen Gleichgültigkeit im nigerianischen Terror entgegengetreten (10/2019 – 9/2023)", ein umfassender, 136 Seiten starker [Bericht](#), der am 29. August 2024 von der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika veröffentlicht wurde, stellte fest, dass muslimische Militante allein in den vier Jahren zwischen 2019 und 2023 16.769 Christen abgeschlachtet haben. Das entspricht durchschnittlich 4.192 getöteten Christen pro Jahr – oder einem Christen, der alle zwei Stunden wegen seines Glaubens ermordet wird.

Mehr als die Hälfte dieser Morde (55 %) wurde von radikalisierten muslimischen Fulani-Hirten begangen, die im letzten Jahrzehnt zu größeren Verfolgern der Christen geworden sind als international bekanntere Terrorgruppen wie Boko Haram und Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) – obwohl auch der ISWAP seinen Anteil am Völkermord hat: Die Fulani [töteten](#) zwischen 2019 und 2023 9.153 Christen; alle anderen Terrorgruppen töteten 4.895.

und weiter heißt es im Bericht:

Einer dieser Vertriebenen, der christliche Pastor Benjamin Barnabas, der seit fünf Jahren in einem winzigen Zelt lebt, [erzählte](#) seine Geschichte. Er und seine Familie arbeiteten auf ihrer Farm, als Fulani-Milizen "mit Gewehren, Macheten und Stöcken kamen" und den Pastor und seine Familie verprügelten:

"Wir haben alles verloren, was wir besaßen. Alles in meinem Haus und in meinem Dorf wurde niedergebrannt, ich hatte nichts mehr ... Wir wurden aufgrund der Gewalt vertrieben. Die Nachrichten kümmern sich nicht darum, wir bleiben im Dunkeln – wir werden vergessen, wir werden nicht beachtet."

[de.gatestoneinstitute.org/21111/voelkermord-nigeria-christen](https://de.gatestoneinstitute.org/21111/voelkermord-nigeria-christen)

# Nigeria: Christen bitten um Hilfe inmitten von Massakern

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.11.24 - Der Terror, über den wir seit Monaten wöchentlich fast gleichlautend berichten, reißt nicht ab.

Fulani-Hirten haben am Freitag und Samstag (1.-2. November) im nigerianischen Bundesstaat Benue sechs Christen getötet, nachdem sie zwei Tage zuvor in einem nahe gelegenen Dorf 15 Christen abgeschlachtet hatten.

In Ayilomo, einem überwiegend christlichen Dorf im Bezirk Logo, griffen Fulani-Hirten am Freitag (1. November) gegen 18 Uhr Ortszeit an, sagte der Bewohner Terwase Avande.

„Fulani-Hirten drangen in die Gemeinde ein und begannen, auf christliche Bewohner zu schießen, wobei sechs Christen getötet wurden“, sagte Avande. „Die Mitglieder der Gemeinde sind Bauern. Sie waren von ihren Höfen zurückgekehrt, als die Angreifer in die Gemeinde eindrangten.“

Paul Adetsav, ein Gemeindevorsteher in Ayilomo, sagte, dass die Bewohner aufgrund der Angriffe nicht mehr auf ihren Farmen arbeiten können.

„Die Fulani-Hirten greifen uns fast täglich an, töten Christen nach Belieben und zünden Feuer in unseren Häusern und Gotteshäusern an“, sagte Adetsav gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Auch die Ernte, die wir auf unseren Feldern angebaut haben, wurde von den bewaffneten Hirten vernichtet. Der Hunger ist zu einer Epidemie geworden, die uns und unsere Kinder tötet, da wir nichts zu essen haben.“

Mehr als 400.000 Mitglieder der Gemeinschaft wurden infolge der unaufhörlichen Angriffe vertrieben, so Adetsav.

Am 30. Oktober töteten Hirten im Dorf Anyiin, ebenfalls im Bezirk Logo, 15 Christen, so der Bewohner Joe Iormumbe. Johnson Kwar, ein weiterer Dorfbewohner, sagte, der Überfall habe von 19 bis 21 Uhr gedauert.

Joseph Anawah, ein Gemeindevorsteher in der Region Ayiin, identifizierte einige der getöteten Christen als Orihundu Ati, Zaki Mbatern, Tordoo Suswam, Uyange Chembe und John Chembe.

Adegwa Uba, ein weiterer Bewohner der Region, forderte die nigerianische Regierung auf, dringend zu handeln, um Leben zu retten.

„Wir bitten die Welt, unseren verzweifelten Hilferuf zu hören – unsere Gemeinden in Gaambe-Tiev, Logo Local Government, werden durch die unerbittlichen Angriffe der Fulani-Milizen systematisch dezimiert“, sagte Uba gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Das Blutvergießen ist unerbittlich, erst letzte Woche sind in Anyiin 21 unschuldige Menschen ums Leben gekommen. Unsere Dörfer – Anyiin, Ayilamo, Uzer, Iorza, Mchia und Chembe – werden seit jeher brutal von Fulani-Hirten angegriffen, und Kinder, Frauen und ältere Menschen werden wie Tiere abgeschlachtet.“

Häuser, Lebensgrundlagen und ganze Gemeinden seien bedroht, sagte er.

„Sicherheitskräfte sammeln Leichen ein, aber sie können weder Angriffe verhindern noch die Täter vor Gericht bringen“, sagte Uba. „Die Untätigkeit der Regierung ist erschreckend, ihr Schweigen ohrenbetäubend. Unsere politischen Führer scheinen unbeteiligt und überlassen uns diesem Horror allein.“

Er forderte die Regierung auf, sofort Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen, und forderte die Sicherheitskräfte auf, der Prävention und Strafverfolgung Vorrang einzuräumen. Außerdem appellierte er an die internationale Gemeinschaft, einzugreifen und Unterstützung zu leisten.

„Wir sterben, bitte hört unseren Schrei“, sagte Uba.

Clement Ukav, Vorsitzender des Logo Local Government Area Council, sagte, die Regierung tue alles, um die Gewalt zu stoppen.

„Wir sind traurig, dass unsere Leute im Laufe der Jahre immer wieder von Fulani-Hirten angegriffen wurden, aber ich kann versichern, dass die Regierung alles tun wird, um solche Angriffe zu stoppen“, sagte Ukav.

Polizeisprecherin Catherine Anene teilte Christian Daily International-Morning Star News mit, dass Beamte Berichte über Angriffe im Gebiet Logo erhalten hätten und dass Sicherheitskräfte in das Gebiet entsandt worden seien.

Nigeria ist nach wie vor der tödlichste Ort der Welt, um Christus nachzufolgen. Laut dem Bericht „World Watch List (WWL) 2024“ von Open Doors wurden dort vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 4.118 Menschen wegen ihres Glaubens getötet. In Nigeria gab es mit 3.300 auch mehr Entführungen von Christen als in jedem anderen Land.

Nigeria war auch das Land mit der dritthöchsten Anzahl an Angriffen auf Kirchen und andere christliche Gebäude wie Krankenhäuser, Schulen und Friedhöfe, mit 750, wie aus dem Bericht hervorgeht.

Die überwiegend muslimischen Fulani, die in Nigeria und der Sahelzone in Millionenstärke leben, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten. Einige Fulani folgen jedoch einer radikalen islamistischen Ideologie, wie die parteiübergreifende parlamentarische Gruppe für internationale Freiheit oder Weltanschauung (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem [Bericht](#) aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine vergleichbare Strategie wie Boko Haram und ISWAP und zeigen eine klare Absicht, Christen und starke Symbole der christlichen Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es im APPG-Bericht.

Christliche Führer in Nigeria glauben, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im Middle Belt Nigerias von dem Wunsch inspiriert sind, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam aufzuzwingen, da die Wüstenbildung es ihnen erschwert hat, ihre Herden zu ernähren.

### **Katholische und anglikanische Priester entführt**

Im Süden Nigerias wurde am Dienstag (5. November) ein katholischer Priester im Bundesstaat Imo entführt. Zuvor war am 27. Oktober ein anderer katholischer Priester im Bundesstaat Edo entführt worden, der am Mittwoch (6. November) freigelassen wurde, und am 26. Oktober ein anglikanischer Priester im Bundesstaat Anambra.

Pfarrer Emmanuel Azubuike, Gemeindepfarrer der katholischen Gemeinde St. Theresa in der Stadt Obollo im Bezirk Isiala Mbano im Bundesstaat Imo im Südosten Nigerias, wurde am Dienstag (5. November) gegen 18 Uhr von bewaffneten Männern entführt, als er von einem Pastoralbesuch in einigen Dörfern zurückkehrte.

Laut einer Erklärung der katholischen Diözese Okigwe wurde Azubuike auf einer Landstraße in einen Hinterhalt gelockt und entführt.

„Wir bitten Sie inständig um Ihre Gebete, damit er sicher und unversehrt zu uns zurückkehren kann“, sagte Rev. Princewill Iwuanyanwu, Kanzler und Sekretär der katholischen Diözese Okigwe, in der Erklärung.

Im Bundesstaat Edo im Südwesten Nigerias wurde der katholische Priester Thomas Oyode am 27. Oktober gegen 19 Uhr von bewaffneten Männern aus dem Immaculate Conception Minor Seminary in Ivhianokpodi-Agenebode, Etsako East County, entführt, wo er Rektor war, so ein Sprecher der katholischen Diözese Auchi.

[Oyode wurde](#) am Mittwoch (6. November) in der Nähe von Ajaokuta im Bundesstaat Kogi freigelassen, so Pfarrer Peter Egielewa, Sprecher der Diözese Auchi. Die Entführer hatten ein Lösegeld in Höhe von 200 Millionen Naira (119.673 USD) gefordert, aber die Bedingungen für seine Freilassung wurden nicht bekannt gegeben.

Im Bundesstaat Anambra im Südosten Nigerias wurde der anglikanische Priester Ven David Arinze Ajaefobi am 26. Oktober von bewaffneten Männern entführt, wie aus Quellen verlautete. Ajaefobi wurde gegen 21 Uhr am Eingang seiner anglikanischen St.-James-Kirche in Awkuzu, Oyi County, entführt, wie der Anwohner Chukwudi Nwankwor berichtete.

Tochukwu Ikenga, Sprecher der Polizeibehörde des Bundesstaates Anambra, sagte, dass die Beamten die Ermittlungen aufgenommen hätten.

<https://morningstarnews.org/2024/11/christians-appeal-for-help-amid-slaughters-in-central-nigeria/>

# Nigeria: Der katholische Priester Emmanuel Azubuike ist frei

Abuja (Fides) - Der am 5. November entführte nigerianische Priester Emmanuel Azubuike ist frei. Nach Angaben der Diözese Okigwe wurde Pfarrer Azubuike „in den frühen Morgenstunden des 11. November freigelassen“.

Pfarrer Azubuike, Pfarrer der Kirche St. Theresa in Obollo in der Isiala Mbano Local Government Area des Staates Imo, im Süden Nigerias, war am 5. November entführt worden, als er auf dem Rückweg zu seiner Gemeinde war.

In den letzten Tagen wurde auch Pfarrer Thomas Oyode, der Rektor der „Immaculate Conception Minor Seminary School“ in Agenegabode in der Etsako East Local Government Area des Staates Edo, der am 27. Oktober entführt worden war, freigelassen (vgl. [AKREF 29/10/2024](#)).

(L.M.) (Fides 12/11/2024)

# Nigeria: Ehemaliger Armeechef veröffentlicht Buch über „Justizterrorismus“

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.11.24 - Ein ehemaliger Armeegeneral in Nigeria sagte, dass sein Todesurteil nach Unruhen vor mehr als 30 Jahren das Ergebnis muslimischer Militärführer war, die ein Schein-Tribunal kontrollierten.

Generalmajor Zamani Lekwot, ein Christ, sprach am 5. November im Nigerian Army Resource Centre in Abuja anlässlich der Veröffentlichung seines Buches „Judicial Terrorism“ und sagte, er sei zum Tode verurteilt worden, obwohl Gerichte seine Verurteilung für betrügerisch erklärt hatten. Er und andere christliche Führer, die dem „Justizterrorismus“ ausgesetzt waren, seien später dank göttlicher Vorsehung befreit worden.

Lekwot sagte, dass der Konflikt zwischen Christen und Muslimen im südlichen Bundesstaat Kaduna im Jahr 1992 am 6. Februar desselben Jahres seinen Anfang nahm, als es auf einem Markt im Bezirk Zangon Kataf zu Unruhen kam, bei denen sechs Menschen starben und Eigentum zerstört wurde. Die Regierung setzte eine Untersuchungskommission ein.

Der Bericht der Kommission war noch nicht veröffentlicht worden, als eine islamische Gruppe in der Stadt Zangon Kataf eine Petition an den damaligen Sultan von Sokoto, Alhaji Ibrahim Dansuki, richtete, um etwas gegen die Muslime zu unternehmen, die bei den Marktunruhen ums Leben gekommen waren, mit dem Ziel, dschihadistischer Gewalt vorzubeugen, die auf dem Glauben beruht, dass ein Muslim, der im Dschihad tötet oder stirbt, in den Himmel kommt, so Lekwot.

Kopien der Petition seien an den Gouverneur von Kaduna, den Emir von Zaria, andere Emire in den nördlichen Bundesstaaten und Sicherheitsbehörden geschickt worden, sagte er.

„Doch plötzlich, am Freitag, 15. Mai 1992, wurde mir mitgeteilt, dass die Verfasser der Petition das Dorf Afabwang angegriffen und Chaos angerichtet hatten“, sagte Lekwot. „Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer und die gesamte Gemeinschaft war emotional aufgewühlt, was in dem Zusammenstoß gipfelte, bei dem auf beiden Seiten Menschen und Eigentum zu Schaden kamen.“

Anstatt eine Untersuchung zur Feststellung der Fakten anzuordnen, wurden auf Befehl von General Ibrahim Babangida, dem Chef der Militärjunta, 61 Personen, darunter Stammeshäuptlinge, leitende Pastoren und andere prominente Bürger, verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Lekwot sagte, dass die damals an der Macht befindliche Militärjunta zweimal versuchte, sie vor Gericht zu stellen. Im ersten Prozess wurden vier Anklagepunkte vorgebracht – rechtswidrige Versammlung, Aufruhr, bewaffneter Aufruhr und Störung des Friedens.

„Da es sich bei dem Fall jedoch um eine Farce ohne Substanz handelte, beantragte der Generalstaatsanwalt der Föderation eine *nolle prosequi* [Einstellung des Verfahrens], und wir wurden entlassen, aber nicht freigesprochen“, sagte Lekwot. „Unmittelbar danach wurden wir auf Anordnung des Vorsitzenden des Tribunals erneut verhaftet und ins Gefängnis von Kaduna zurückgebracht.“

Im zweiten Prozess wurden zu den ursprünglichen vier Anklagepunkten 18 weitere hinzugefügt, obwohl die *nolle prosequi* noch in Kraft war, „was sehr bizarr war“, sagte er. Lekwots Anwälte forderten Gerechtigkeit für ihn und die anderen Angeklagten vor einem Obergericht in Kaduna.

„Das Tribunal hatte den Auftrag, uns um jeden Preis an den Galgen zu liefern“, sagte Lekwot und fügte hinzu, dass ihnen am 3. Dezember 1992 durch das Dekret Nr. 55 die Berufung verwehrt wurde.

Seine Anwälte zogen sich aus Protest aus dem Fall zurück, und der Vorsitzende des Tribunals lehnte den Antrag der Angeklagten auf ein anderes Verteidigungsteam mit der Begründung ab, dass nur die Präsidialverwaltung dies genehmigen könne, sagte er.

„Folglich verurteilte er uns später zum Tod durch Erhängen, ohne faire Anhörung, basierend auf den falschen Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft gegen uns, die unser Verteidigungsteam widerlegt hatte“, sagte Lekwot. „Was für eine Farce der Gerechtigkeit in einem Land, das die Hoffnung der schwarzen Rasse sein soll. Als unsere Anwälte schließlich vor dem Obersten Gerichtshof landeten, wurde der Fall wegen der Weigerung der Präsidialverwaltung, das Urteilsprotokoll freizugeben, abgewiesen. Dasselbe geschah während der Sitzungen des Oputa-Ausschusses, als das Urteilsprotokoll vergeblich angefordert wurde.“

Nach einem öffentlichen Aufschrei gegen diese grobe Ungerechtigkeit wurden die Urteile in fünf Jahre Haft umgewandelt, so Lekwot. Die Menschenrechtsgruppe „The Constitutional Rights Project“ reichte bei der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte in Banjul, Gambia, eine Klage ein, die zur Aufhebung ihrer Verurteilungen und Inhaftierungen führte.

„Das Verfahren wurde im Oktober 1994 wegen grober Verletzung der Afrikanischen Charta und anderer Gründe aufgehoben“, sagte Lekwot. „Wir sind ihnen für ihr lobenswertes Mitgefühl immer dankbar. Im Grunde genommen gab es keinen Prozess im eigentlichen Sinne. Was das korrupte Gericht tat, trübte lediglich den guten Ruf unserer Justiz, die während des gesamten Prozesses eindeutig auf der Anklagebank saß und nicht wir. Was für eine groteske Sache, die Nigeria in ein schlechtes Licht gerückt hat.“

<https://morningstarnews.org/2024/11/general-in-nigeria-recounts-death-sentences-of-sham-trial/>

# Nigeria: Entführter Priester ist wieder frei

Er ließ sich anstelle zweier Schüler gefangen nehmen

Auchi (IDEA) – Im südnigerianischen Bundesstaat Edo ist ein entführter Priester wieder freigekommen. Das berichtet die katholische Presseagentur „Fides“ (Vatikanstadt). Bei dem Geistlichen handelt es sich um Thomas Oyode. Er ist Rektor einer katholischen Knabenschule in Agenegabode (Bezirk Etsako East), die am 27. Oktober Ziel eines Überfalls wurde. Bewaffnete drangen abends in die Einrichtung ein. Sie schossen dabei in die Luft und nahmen zwei Schüler mit sich. Oyode bot sich daraufhin als Geisel im Tausch mit den beiden Jungen an, worauf die Bewaffneten eingingen. Der zuständige Bischof der Diözese von Auchi, Gabriel Dunia, bestätigte die Freilassung. Oyode sei nahe des Dorfes Ajaokuta (Bundesstaat Kade) freigelassen worden. Die genaueren Umstände ließ er offen. Dunia dankte allen, die sich an der Suche nach Oyode beteiligt und für ihn gebetet hatten. Gleichzeitig rief er die Regierung dazu auf, die Sicherheitslage der Region zu verbessern.

siehe auch [AKREF:](#)

# Österreich: Schulleiter warnt-Christliche Jugendliche konvertieren zum Islam

## Wien: Christian Klar fordert ein selbstbewusstes Auftreten der Kirchen

Wien (IDEA) – Der Einfluss des Islam an österreichischen Schulen nimmt massiv zu. Davor hat der Wiener Schulleiter Christian Klar im Interview mit dem Online-Magazin Corrigenda (München) gewarnt. An seiner Schule im Wiener Bezirk Floridsdorf sind 60 Prozent der Kinder Muslime. Dort kam es bereits mehrfach zu Vorfällen. So wurde ein Mädchen von Mitschülern bedroht, weil es angeblich den Propheten Mohammed (570–632) beleidigt hatte, eine Bibel wurde bespuckt und ein Kruzifix zerstört. Ein großer Teil der muslimischen Schüler hat laut Klar gar kein Interesse an der westlichen Kultur. Sie seien zwar nach Europa geflohen, hätten jedoch ihre Kultur mitgebracht und wollten diese auch weiterhin ausleben. „Der Islam verändert unsere Gesellschaft, und zwar in einer Art und Weise, die wir uns nicht wünschen.“ Die islamische habe nämlich ganz andere Grundwerte als die offene, liberale Kultur. Das betreffe zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau, den Umgang mit Gewalt oder die Verteidigung der Familienehre. „Ich glaube, da müssen wir ganz massiv dagegenhalten.“

## Die Kirche sollte weniger auf Dialog setzen

Nicht nur er, sondern viele andere Schuldirektoren beobachteten zudem regelmäßig, dass christliche Kinder und Jugendliche zum Islam konvertierten. Wenn man hingegen in seiner eigenen Religion gefestigt sei, sei diese Gefahr geringer. „Ich glaube, dass das wichtig wäre.“ Darüber hinaus müsse auch die Kirche viel selbstbewusster auftreten. „Sie sollte nicht so sehr auf Dialog setzen, sondern auf die eigene Stärke und sich nicht dem Islam unterwerfen.“ Der Schuldirektor kritisierte in diesem Zusammenhang, dass das Christentum und die katholische Kirche in den österreichischen Schulbüchern seit einigen Jahrzehnten sehr negativ dargestellt würden. „Da geht man auf die Hexenverbrennungen, Kreuzzüge, die Religionskriege zwischen Katholiken und Evangelischen ein. Da mag viel passiert sein, aber es stellt die Religion unglaublich negativ dar, und sie lässt sich das gefallen.“ Im Gegensatz dazu werde der Islam als friedliche Religion dargestellt, der Gewürze, Croissants und Kaffee nach Europa gebracht habe.

## „Man muss über Grenzen der Religionsfreiheit nachdenken“

Klar fordert, mit Blick auf den Islam auch über „Grenzen der Religionsfreiheit“ nachzudenken. Man müsse „intolerant gegenüber den Intoleranten sein“, wenn man die tolerante Welt erhalten wolle. „Da man eine Religion nicht verbieten kann, muss man an vielen kleinen Schrauben drehen.“ An öffentlichen Schulen in Österreich sollten z.B. seiner Ansicht nach Gebetsräume generell verboten werden. Klar befürwortet außerdem die Einführung eines Kopftuchverbots für Lehrerinnen und Schülerinnen, aber auch für Kindergartenkinder. „Man müsste natürlich sehen, ob man das gesetzlich so formulieren kann, dass es nicht vom Verfassungsgericht zurückgesetzt werden kann. Ich glaube aber, dass die Zeit dafür gekommen ist.“ Einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz hält Klar in diesem Fall für gerechtfertigt: „Warum sollen Religionen, mit denen es gar keine Probleme in Bezug auf Kultur oder Werte gibt, Einschränkungen erfahren, weil es mit einer Religion Probleme gibt?“

## Eine zwangsweise Durchmischung wäre nicht zielführend

Eine stärkere soziale oder ethnische Durchmischung der Klassen hält der Pädagoge hingegen nicht für sinnvoll. „Wenn in manchen Schulen 30 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund sind, in anderen 90 Prozent, und man teilt sie auf, dann hat jede Schule circa 50 Prozent. Das heißt, es wird für die einen nicht viel besser und für die anderen viel schlechter.“ Eine solche zwangsweise Vermischung würde sich am Ende ohnehin niemand gefallen lassen. „Dann würde es nur noch mehr Privatschulen geben. Es geht jetzt schon so weit, dass Familien sich eine billige Wohnung nehmen, damit sie sich das Geld für die Privatschule leisten können.“ Er kenne Menschen, die überlegten, aufs Land zu ziehen, damit ihr Kind dort die Schule besuchen könne. „Sie sagen, in den Schulen in den Städten wird mein Kind keine gute Bildung bekommen.“ Es sei im Übrigen nicht die Aufgabe der Eltern, aufgrund von Durchmischung auf eine gute Schulbildung ihrer Kinder zu verzichten. „Die meisten Politiker, die von einer gemeinsamen Schule, der Vermischung und von Bussen träumen, die Kinder in die Schule fahren, geben ihre Kinder in teure Privatschulen.“ Klar empfiehlt stattdessen, Wert auf strenge Regeln zu legen. „Wenn alle lernen wollen und alle wissen, sie müssen sich den Regeln unterordnen und fleißig sein, dann werden sie schulisch erfolgreicher sein und auch ausreichend Deutsch können.“



# Österreich: Setzen Sie ein Zeichen gegen Christenverfolgung!

## Red Wednesday - Die Welt in Rot für verfolgte Christen

(Kirche in Not) Christsein war noch nie so gefährlich wie heute: Nie zuvor sind so viele Christen diskriminiert, bedroht und verfolgt worden. Deshalb wird es im Rahmen des "Red Wednesday" in Europa, Nord- und Südamerika sowie in Ozeanien in Hunderten Städten etwa 300 von KIRCHE IN NOT (ACN) initiierte Veranstaltungen geben, um auf dieses Leid hinzuweisen. Was 2015 ursprünglich als einzelner Tag der Solidarität begann, an dem Kirchen und öffentliche Gebäude rot angestrahlt wurden, hat sich inzwischen in über 20 Ländern zu mehrtägigen Veranstaltungsreihen mit Gebetswachen, Zeugnissen, Konferenzen und Ausstellungen entwickelt.

Mit dieser Aktion setzt KIRCHE IN NOT ein Zeichen und gedenkt der Millionen von Christen weltweit, die unterdrückt, bedroht und verfolgt werden.

Der "Red Wednesday" findet am

**20. November 2024 (in vielen Pfarren bis zum 24.11.)**

statt. Allein in Österreich nehmen **über 220 Kirchen, Stifte oder Klöster** mit roter Beleuchtung, Gebet und/oder einem Gottesdienst teil, darunter auch die Dome in Eisenstadt, Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg und Wien, sowie das Bundeskanzleramt.

Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite [www.red-wednesday.at](http://www.red-wednesday.at)

## Nehmen auch Sie am Red Wednesday teil!

Jeder kann am Red Wednesday teilnehmen. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen und geben unseren verfolgten Brüdern und Schwestern eine Stimme.

### Wie können Sie teilnehmen:

- Beten Sie für verfolgte Christen. Wir bieten hierfür [Gebete](#) und ein [Lesezeichen mit Gebet](#) an.
- Tragen Sie ein rotes Kleidungsstück
- Hängen Sie unsere [Red Wednesday-Kerze](#) in Ihr Fenster.
- Nutzen Sie soziale Medien, um auf den Aktionstag hinzuweisen.
- Nehmen Sie an einem der zahlreichen Gottesdienste für verfolgte Christen teil. Auf unserer interaktiven Landkarte unter [www.red-wednesday.at](http://www.red-wednesday.at) finden Sie alle teilnehmenden Pfarren und Veranstaltungen.

# Singapur: Kardinal Goh nach Anschlag auf Priester

**"Wir dürfen nicht zulassen, dass das Böse die Verkündigung des Evangeliums lähmt"**

Singapur (Fides) - „Bei diesem Vorfall wurde nicht nur ein Priester in einem Gotteshaus schwer verletzt, sondern es wurde auch Angst in der Gemeinde gesät“, so der Erzbischof von Singapur, Kardinal William Goh, in einem Hirtenbrief, über den Anschlag auf Pfarrer Christopher Lee, der während der Vespermesse in der „St. Joseph's Church“ im Stadtteil Bukit Timah am Samstag, den 9. November mit einem Messer niedergestochen wurde, als er die Kommunion austeilte. Der 57-jährige Priester wurde in das National University Hospital in Singapur eingeliefert und befindet sich derzeit in einem stabilen Zustand. „Er erholt sich“, so der Erzbischof, der ihn im Krankenhaus besuchte. Der Angreifer, ein 37-jähriger Mann aus Singapur, der wegen gewalttätiger Drogendelikte vorbestraft ist, wurde von einigen Gottesdienstbesuchern in der Kirche festgehalten und später in Polizeigewahrsam genommen. Wie die Behörden erklärten, gibt es für den Vorfall kein terroristisches Motiv.

Kardinal Goh forderte die Gemeinde zur „Wachsamkeit im Glauben“ auf und sprach in diesem Zusammenhang „über die Sicherheit unserer Kirchen, insbesondere während des Gottesdienstes“. Um den Gläubigen ein gewisses Maß an Ruhe und Sicherheit zu bieten, hat die Erzdiözese bereits 2016 den „Emergency Response Operations Council“ eingerichtet, ein spezielles Gremium, das in direktem Kontakt mit der Polizei steht und die Sicherheit in den Pfarreien koordinieren soll. Allerdings, so Kardinal Goh, „müssen wir auch erkennen, dass unsere Kirchen öffentliche Räume sind“. „Übertriebene Sicherheitsmaßnahmen könnten die Gläubigen davon abhalten, zum Gebet zu kommen“, und „die Anwesenheit von zu viel Sicherheitspersonal kann unsere Priester daran hindern, sich um die Herde der Gläubigen zu kümmern“ eine Aufgabe, die die Pfarrer „mit Mut und ohne Angst“ erfüllen. „Wir glauben fest daran, dass Gott für unser Leben verantwortlich ist und das Böse in Gutes verwandelt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Böse die Verkündigung des Evangeliums lähmt“, bemerkt der Kardinal. „Deshalb“, so heißt es in dem Hirtenbrief, müssen wir „aufeinander aufpassen“ und „jeder, der die Kirche besucht, muss wachsam sein und den Diensthabenden alarmieren, wenn er etwas Ungewöhnliches bemerkt, eine Person, die verdächtig erscheint, oder sogar einen Gegenstand, der unbeaufsichtigt bleibt“.

„Warum hat Gott dies zugelassen?“, so Kardinal Goh, „Unser Gott ist ein fleischgewordener Gott“, stellt er fest. „Durch seinen Sohn Jesus“, schreibt er, „ist er gekommen, um unsere Wunden und unseren Kummer zu teilen. Er hat uns nicht durch Gewalt oder Macht erlöst, sondern durch Demut, Vergebung, Barmherzigkeit und Mitgefühl.“ Unangenehme oder schreckliche Ereignisse, erklärt er, „geschehen wegen der Sünde und ihrer Folgen. In der Tat zeigen uns solche Ereignisse, dass sich die Gesellschaft von moralischen Werten entfernt; es gibt kein Gefühl für richtig oder falsch, selbst in einem heiligen Raum. Es gibt viele verstörte, verwirrte und verletzte Menschen auf der Welt. Wir wissen jedoch, dass das Böse am Ende nicht siegen wird. Wir sehen das an den Beispielen der Märtyrer der Kirche“.

„Als Kirche haben wir noch mehr das Bedürfnis, das Evangelium der Barmherzigkeit, des Mitgefühls und der Versöhnung zu verkünden, damit wir die Menschen in der Wahrheit erleuchten, sie von ihrer Gebrechlichkeit heilen, ihre Angst und ihren Schmerz lindern und ihnen helfen können, das Leben und die wahre Liebe zu finden“, so Kardinal Goh weiter, „Lassen wir uns nicht von der Angst lähmen, sondern legen wir weiterhin Zeugnis für unseren Glauben ab, indem wir uns in Gottes Hände begeben.“ Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, die Seele aber nicht töten können, sondern fürchtet euch eher vor dem, der Seele und Leib in der Hölle verderben kann! (vgl. Matthäus 10,28)“. „Unser Glaube sagt uns, dass die Liebe stärker ist als der Hass, das Leben stärker als der Tod“, bemerkt er. „Dieser Vorfall“, so schließt der Hirtenbrief, „hat unsere Kirche gestärkt und unser Volk durch Glauben und Gebet näher zusammengebracht. Er hat uns auch daran erinnert, wachsam zu bleiben und den hart erkämpften Frieden und die Sicherheit nicht als selbstverständlich anzusehen. Als Gemeinschaft werden wir aus diesem Vorfall widerstandsfähiger denn je hervorgehen“.

Unterdessen brachte auch die katholische Bischofskonferenz von Malaysia, Singapur und Brunei ihre Verbundenheit zum Ausdruck und versprach, für Pfarrer Christopher Lee zu beten. Die Bischöfe fordern die Gläubigen zu „Mitgefühl, Unterstützung und Trost für alle von dem Vorfall Betroffenen“ auf, der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Erzbischof von Kuala Lumpur, Julian Leow Beng Kim, in einer Verlautbarung. Im Namen der Bischöfe rief der Erzbischof äußert die Hoffnung, „dass Gott die Herzen derer die durch Gewalt Spaltung hervorrufen, mit Barmherzigkeit berühren und sie zur Heilung und Erlösung führen möge“. „In einer Zeit, in der wir uns bemühen, Frieden, Liebe und Verständnis in unserer Gesellschaft zu fördern, ist solche Gewalt besonders schmerzhaft. In diesen Zeiten der Prüfung werden wir jedoch an unsere christliche Berufung erinnert, mit Frieden, Mitgefühl und Vergebung zu antworten“, schreiben die Bischöfe von Malaysia, Singapur und Brunei.

(PA) (Fides 11/11/2024)

# Sudan: Die Notlage der Sudanesen

Mehr als 5 % der 50 Millionen Einwohner des Sudan bezeichnen sich als Christen. Infolge des Bürgerkriegs haben die Christen Anteil an dem Leid, das alle Menschen trifft. Beide kriegführenden Armeen, die sudanesischen Streitkräfte und die schnellen Eingreiftruppen, haben es auf Christen abgesehen. Seit Beginn des Konflikts wurden mehr als 165 Kirchen zur Schließung gezwungen. Die Christen haben jahrzehntelang unter der islamistischen Regierung schwere Verfolgung erduldet; jetzt brauchen sie besonderen Beistand in ihrem zunehmenden Leid.

Barbabas Aid

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version), überarbeitet AKREF

# Sudan: Gefährliche Gleichgültigkeit

## Krieg im Sudan geht weiter

Khartoum (Fides) – Es gibt einen Krieg vor Ort und einen Medienkrieg. Wie in vielen heutigen Konflikten spielen auch in El Fasher, der Hauptstadt der sudanesischen Region Nord-Dafur, Desinformation und Propaganda eine nicht unerhebliche Rolle im Zusammenhang mit dem Geschehen in der letzten Hochburg in den Händen der sudanesischen Streitkräfte (SAF) in einer Region, die seit Monaten von den „Rapid Support Forces“ (RSF) belagert wird.

Während die sudanesischen Armee behauptet, sieben feindliche Drohnen in der Nähe der Stadt abgeschossen und „feindliche Kräfte“ vernichtet zu haben, die versuchten, in die Verteidigungslinien einzudringen, berichten die wenigen anwesenden unabhängigen Quellen, dass die beiden Seiten weiterhin Artilleriefeuer austauschen, was zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führt.

Besonders schlimm ist die Lage der Flüchtlinge im Lager Zamzam, wo nach Angaben von „Ärzte ohne Grenzen“ täglich dreizehn Kinder an Unterernährung sterben. Das „umanitarian Research Laboratory“ der Universität Yale hat anhand von Satellitenfotos festgestellt, dass die Rapid Support Forces auf wichtige Punkte in El Fasher vorrücken, die sich in der Hand der Armee und verbündeter Milizen befinden: das Armeehauptquartier im Stadtzentrum, der nahe gelegene Militärflugplatz und die Straße, die vom Stadtzentrum zum Flüchtlingslager Zamzam weiter südlich führt.

Unterdessen ist auch in der Stadt Al Hilaliya im Bundesstaat Gezira im zentralen Osten des Sudan, die ebenfalls von Milizionären der „Rapid Support Forces“ belagert wird, die Lage tragisch. Seit Beginn der Einkesselung vor vierzehn Tagen sind mindestens 382 Menschen ums Leben gekommen. Lokalen Quellen zufolge haben die „Rapid Support Forces“ die Brunnen der Stadt vergiftet. Diese Nachricht wurde von unabhängigen Quellen nicht bestätigt und könnte Teil der medialen Desinformations- und Propagandaoperationen der verschiedenen am Konflikt beteiligten Parteien.

Aktionen gegen die Zivilbevölkerung im Bundesstaat Gezira werden jedoch auch in dem Bericht dokumentiert, der dem UN-Sicherheitsrat am 12. November von Rosemary DiCarlo, UN-Untergeneralsekretärin für politische Angelegenheiten, vorgelegt wurde. In ihrem Bericht prangert die amerikanische Diplomatin verschiedene Staaten an, die die Konfliktparteien weiterhin mit Waffen beliefern, ohne diese jedoch namentlich zu nennen. „Um es unverblümt zu sagen: Einige angebliche Verbündete der Konfliktparteien ermöglichen das Massaker im Sudan. Das ist inakzeptabel, es ist illegal und muss aufhören“, forderte sie.

Der im April 2023 ausgebrochene Krieg hat bisher mindestens 24.000 Tote, 11 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge gefordert, während ein großer Teil der Bevölkerung unter schwerer Nahrungsmittelknappheit leidet oder sogar verhungert. (L.M.) (Fides 14/11/2024)

# Uganda: Brandanschlag auf historische Kirche in Mapeera Kigungu

Kampala (Fides) – In der historischen katholischen Kirche von Mapeera Kigungu wurden durch einen Brandanschlag Schäden verursacht. Der Anschlag geht auf den 7. November zurück, als einige Unbekannte um 22 Uhr in das Innere der Kirche eindrangen und die linke Seite des Presbyteriums in Brand setzten. Die Flammen zerstörten wertvolle religiöse Gegenstände, darunter Priestergewänder, Altarkelche, Tischtücher und Messweinflaschen. Der geschätzte Schaden beläuft sich auf über 10 Millionen ugandische Schilling.

Die Flammen wurden von einigen Gläubigen bemerkt, die Alarm schlugen, so dass der Brand gelöscht werden konnten, bevor größerer Schaden entstand.

Die Polizei ermittelt auch mit Hilfe von Überwachungskameraaufnahmen aus der Umgebung. Die Ermittler vermuten, dass die Person, die das Feuer gelegt hat, durch ein rückwärtiges Fenster in die Kirche eingestiegen ist. Der oder die Täter könnten im Zusammenhang mit einem Streit um Land gehandelt haben, das der Kirche gehört und das derzeit von einigen Unternehmen genutzt wird. Die kirchlichen Behörden planen auf diesem Gelände neue Einrichtungen, was zur Räumung durch diejenigen führen würde, die sich bisher dort niedergelassen haben, ohne Miete zu zahlen.

Die Kirche von Mapeera Kigungu wurde an der Stelle am Viktoriasee erbaut, an der die ersten katholischen Missionare des Landes, Pater Siméon Lourdel und Bruder Amans Delmas von der Kongregation der Afrikamissionare (Weiße Väter), im Jahr 1879 landeten.

Aus diesem Grund sind die ugandischen Katholiken sehr mit dieser Kirche verbunden, zu der jedes Jahr am 17. Februar zahlreiche Gläubige pilgern, um der Landung der beiden Missionare und dem Beginn der Evangelisierung des Landes zu gedenken.

(L.M.) (Fides 11/11/2024)

[top^](#)

# Uganda: Evangelist ermordet

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.11.24 - Eine lokale Gruppe muslimischer Extremisten tötete am 30. Oktober einen Evangelisten im Osten Ugandas, nachdem er und ein anderer Christ sich geweigert hatten, zum Islam zu konvertieren, wie der andere Christ sagte.

Nach drei Tagen einer geplant sechstägigen Evangelisationsveranstaltung im Handelszentrum Nawaikoke im Distrikt Kaliro, bei der 18 Muslime zum Glauben an Christus fanden, umzingelten Islamisten aus der Gegend Emmanuel Dikusooka, einen 29-jährigen Vater von drei Kindern, und ein weiteres Mitglied seiner Kirchengemeinde, Jack Mbulante, gegen 18:30 Uhr, als sie zu ihrem Hotel in der Stadt Kaliro zurückkehrten, so Mbulante.

Die sechs muslimischen Jugendlichen hielten das Motorrad an, das die beiden Christen gemietet hatten, kurz bevor sie die Lumbuye-Brücke überquerten, sagte Mbulante. Die Angreifer trugen traditionelle islamische Kleidung aus Tuniken und Umhängen und waren mit langen somalischen Schwertern (Pangas), Stöcken und Eisenstangen bewaffnet. Sie zwangen sie, ihre Taschen herauszugeben, die Bibeln und andere christliche Bücher enthielten, sagte er.

„Sie warfen alles in den Fluss Lumbuye, befahlen uns dann, den Koran hochzuhalten, den sie hatten, und sagten uns, wir sollten im Namen Allahs rezitieren und schwören“, berichtete Mbulante Morning Star News. „Sie versuchten, uns zu zwingen, Jesus Christus und unseren Glauben zu verleugnen und uns dann dem islamischen Glauben zuzuwenden. Wir weigerten uns offen, was sie verärgerte, und sie schlugen Dikusooka mit einer Eisenstange auf den Kopf, sodass er zu Boden fiel.“

Mbulante sagte, er sei in den Fluss gesprungen und habe angefangen zu schwimmen, während Dikusooka um Hilfe schrie und winselte. Nachdem er auf die andere Seite des Flusses geschwommen war, habe er einige Christen gebeten, zu versuchen, den Evangelisten zu retten.

„Aber leider war Dikusooka tot in einer Blutlache, als wir am Tatort ankamen“, sagte Mbulante. „Er hatte tiefe Kopfverletzungen, Schnittwunden am Hals und am Rücken und eine Verletzung im Mund.“

Dikusooka hinterlässt eine Frau und Kinder im Alter von 9, 6 und 4 Jahren.

Die Christen haben den Angriff der Polizei gemeldet, die angeblich nach den Mördern sucht. Einige der ehemaligen Muslime, die Dikusooka zu Christus geführt hat, kennen die Angreifer und fürchten um ihr Leben, sagte Mbulante. Sie haben an einem unbekanntem Ort Zuflucht gesucht.

Dikusooka hatte die Freiluftveranstaltung im überwiegend muslimischen Nawaikoke zusammen mit anderen Evangelisten aus Pfingstkirchen in den Dörfern Kaliro, Namwendwa und Bulumba organisiert. Sie begann am 28. Oktober und sollte am 2. November enden.

Der Angriff war der jüngste von [vielen](#) Fällen von Christenverfolgung in Uganda, die von Morning Star News dokumentiert wurden.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, seinen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus, wobei sie in den östlichen Gebieten des Landes stark vertreten sind.

<https://morningstarnews.org/2024/11/christian-slain-after-helping-to-lead-18-muslims-to-christ/>

# Ukraine: Gebet, dass Binnenflüchtlinge zum Glauben kommen

(Licht im Osten) Jurij L. (Putilowitschi) bittet um Gebet dafür,

☒ dass sich gemeindefremde Menschen nicht nur zum Essen einladen lassen, sondern auch zu Gottesdiensten.

☒ dass wieder mehr Kinder zur Kinderstunde kommen und Jesus als ihren besten Freund und Retter kennenlernen und annehmen.

☒ dass die Frauen, die seit einiger Zeit die Sonntagsgottesdienste besuchen, zu einer persönlichen Glaubensbeziehung zu dem Vater Jesu Christi erweckt werden.

Michail W. (Poltawa) dankt mit uns

☒ dafür, dass inzwischen mehr als 300 Binnenflüchtlinge den Bibelkurs abgeschlossen haben und aktuell auch wieder mehr als 300 neue Personen da-ran teilnehmen.

☒ dass in Poltawa in diesem Jahr mehr als 12.500 Lebensmittelpakete verteilt werden konnten.

☒ für die Einsätze mit der mobilen Augenklinik, bei denen in diesem Jahr ca. 1.500 Personen medizinische Hilfe bekommen und das Evangelium gehört haben.

## **Bitte beten Sie**

☒ für das Auskommen der Binnenflüchtlinge. Vom ukrainischen Staat erhalten sie inzwischen kaum noch bis keine Unterstützung mehr. Infolge der Kriegssituation benötigen sie jedoch in besonderer Weise medizinische Hilfe, die viel Geld kostet.

☒ für die Männer, die täglich von der Straße weg in den Kriegsdienst eingezogen werden. Die wenigsten von ihnen kommen lebend nach Hause zurück.

☒ dafür, dass sich viele Menschen in dieser notvollen Situation an den lebendigen Gott wenden, sich ihm anvertrauen und bei ihm Hilfe und Trost finden.

# Weltweit: Jüdischer Weltkongress - Juden sind in Deutschland nicht sicher

## Vizepräsident Stern: Aus deutschen Floskeln zu Israel folgen keine Taten

New York (IDEA) – Jüdische Gemeinden sind weltweit bedroht. Das hat der geschäftsführende Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress/WJC), Maram Stern (New York), im Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Ausgabe vom 7. November) beklagt. Diese Entwicklung gehe so weit, dass Juden in Deutschland ihre Kinder von der Schule nähmen, weil sie gemobbt würden. „Fast jede jüdische Gemeinde auf der Welt hat derzeit Angst. Deutschland behauptet zwar, hier seien Juden sicher, aber das stimmt nicht. Die Hilferufe kommen täglich bei mir an.“ Ähnliches gelte für andere Länder wie Südafrika, aber auch für die USA, so Stern weiter. „Neuerdings verstecken sie sogar in New York die Kippa unter einem Basecap. Und ich sehe bei den Frauen die Halskette mit Davidstern kaum noch.“ Stern selbst stammt aus Deutschland und ist Nachkomme von Holocaustüberlebenden. Er kritisierte ferner, dass zwar in Deutschland immer die Rede davon sei, dass die Sicherheit Israels zur „deutschen Staatsräson“ gehöre und sich die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht wiederholen dürften. Daraus folgten jedoch keine Taten. „Ich bin schon lange genervt von diesen Floskeln. Ich höre sie tagein, tagaus. Wenn es drauf ankommt, bedeuten sie nichts. Ich erwarte als Deutscher von Deutschland viel mehr.“ Die Bundesrepublik müsse beispielsweise verhindern, dass Geld, das als Hilfe für Kriegsoffer gedacht sei, bei der Hamas ankomme.

### „Deutschland könnte zweifellos mehr helfen“

Auch an der deutschen Außenpolitik übte Stern Kritik. Die Bundesrepublik habe mit Blick auf Israel eine besondere Verantwortung, liefere aber zu wenig Waffen. „Deutschland könnte zweifellos mehr helfen.“ Die Golfstaaten seien dagegen verlässliche Partner in ihrem Einsatz für die von der Hamas entführten Geiseln. „Katar wird im Westen gern kritisiert, aber Katarer und Saudis sind wichtige Partner für mich. Auch Bahrain.“ Die Katarer empfangen die Familien der Geiseln jederzeit. Dort spreche er mit dem Emir, dem Premierminister, dem Außenminister und den Sicherheitsberatern. Sein wichtigster Verbündeter im Kampf um die Geiseln sei jedoch „der liebe Gott“, so Stern. „Die Menschen verdrängen und vergessen. Sie wiegeln ab. Sie schieben die Schuld auf andere. Auf Gott ist Verlass.“ Der WJC wurde 1936 gegründet, um sich weltweit für jüdische Gemeinden einzusetzen. Er ist heute in 103 Ländern vertreten.



**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]